



# Stettiner

# Beitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonnabend, den 11. Februar 1888.

Nr. 71.

## Vom Kronprinzen.

Berlin, 10. Februar.

Der "Reichszeitung" veröffentlicht heute die nachstehenden Telegramme:

San Remo, 9. Februar, 6 Uhr 45 Minuten Nachmittags. Die in letzter Zeit aufgetretene und seit einigen Tagen ziemlich plötzlich angestiegene Atemnot bei Sr. kaiserlichen und königlichen Hoheit dem Kronprinzen hat sich im Laufe des heutigen Tages in Folge beträchtlicher Zunahme der Schwelling der rechten Kehlkopfhälften zu gefährlicher Höhe gesteigert. In Folge dessen ist die sofortige Ausführung des Luftröhrenschlusses unumgänglich geworden. Die Operation, von Dr. Bramann um 3½ Uhr Nachmittags ausgeführt, verlief in kürzester Zeit ohne jeden störenden Zwischenfall. Augenblicklich läuft das Befinden des hohen Patienten nichts zu wünschen übrig.

Mackenzie. Schrader. Krause.

Bramann. Hovell.

San Remo, 10. Februar, 10 Uhr 45 Minuten Vormittags. Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz verbrachte nach der Operation eine gute Nacht ohne Fieber und Schmerzen; Atemung und Schlucken ganz frei.

Mackenzie. Schrader. Krause.

Bramann. Hovell.

Das "B. T." erhält heute die nachfolgenden Telegramme seines Korrespondenten:

San Remo, 9. Februar, 11 Uhr 35 Minuten Nachts. Es hat noch heute Abend eine Berathung aller Aerzte behufs Feststellung der weiteren medizinischen Behandlung und besonders der Diät für die nächsten Tage stattgefunden. Der Kronprinz fühlte sich nach beendeter Operation ungemein erleichtert. Das Sprechen ist ihm naturgemäß nicht gestattet. Sein Atem ist vollkommen normal. Die Aerzte hoffen, der Kronprinz werde in acht oder zehn Tagen wieder ausgehen können. Heute Nacht wacht Dr. Bramann, morgen Nacht Dr. Hovell beim Kronprinzen. Sir Morell Mackenzie drückte seine höchste Bewunderung über die ungemein rasche und doch außerordentlich vorsichtige Art der Operation Dr. Bramann's aus.

Wien, 10. Februar, 10 Uhr 20 Min. Vormittags. Die Nachricht, daß die Operation am deutschen Kronprinzen vollzogen wurde hier gestern erst in stark vorgerückter Abendstunde in weiteren Kreisen bekannt und verursachte eine tiefgehende Bewegung und das schmerzlichste Aufsehen; aller Orten konnte man Ausdrücke des Bevauens und die wärmsten Wünsche für die Genesung des Kronprinzen vernnehmen. Häufig befundete sich die seltene Beliebtheit des Kronprinzen auch hier in geradezu rührender Weise. Heute drängt das traurige Ereignis jedes andere Interesse in den Hintergrund, und mit größter Spannung erwartet man die nächsten Nachrichten über das Befinden des Kronprinzen. Die meisten Blätter spiegeln diese Stimmung wieder und drücken ihre innigsten Sympathien und Wünsche, sowie die Hoffnung aus, daß die Folgen der Operation günstig verlaufen mögen.

Die Nachricht, Professor Schröter habe vorgestern telegraphische Ordre aus San Remo erhalten, mit Instrumenten sofort dahin zu kommen, und sei vorgestern Abend tatsächlich abgereist, beruht auf falscher Kombination. Professor Schröter ist nämlich nach Meran gereist, wird aber bereits morgen früh von dort hierher zurückkehren.

## Deutschland.

Berlin, 10. Februar. Der Kaiser und die Kaiserin verblieben während der gestrigen Abendstunden im königlichen Palais. Zuvor hatte der Kaiser noch den Besuch des Prinzen Wilhelm und später auch noch den kronprinzipiellen Hofmarschall Grafen von Radolinski und gegen 8½ Uhr den Professor von Bergmann vor deren Abreise nach San Remo, welche Abends 9½ Uhr erfolgte, empfangen.

Im Laufe des heutigen Vormittags ließ der Kaiser zunächst vom Ober-Hof- und Hausmarschall Grafen Verponcher sich Vortrag halten und nahm darauf die persönlichen Meldungen des bisherigen Kommandeurs der 3. Infanterie-Brigade Generalmajors von Olszewski, der Kommandeur

der 9. und 14. Infanterie-Brigade, Generalmajors von Malotki und von Schaueroth, und einiger anderer höherer Offiziere entgegen.

Auch hatte am Vormittag die Frau Prinzessin Wilhelm mit ihren drei Söhnen den kaiserlichen Majestäten einen Besuch im königlichen Palais abgestattet. Nachmittags arbeitete der erlauchte Monarch dann noch längere Zeit allein. Um 5 Uhr findet bei den Majestäten im runden Saal des königlichen Palais ein großes Diner von etwa 35 Gedekken statt, zu welchem u. a. der Erzbischof von Posen und Gnesen, Dr. Dindorff, und der Bischof von Fulda, Dr. Weylandt, der hiesige Propst Dr. Asmann und der Kultusminister Dr. von Gosler, ferner der Unterstaatssekretär Dr. Lucanus, der Wirkliche Geheime Rath von Neudell, die Ober Präidenten von Schlesien, Posen und Ostpreußen, von Seybewitz, Graf Leditzky-Trübschler und von Schleidmann, mit Einladungen beehrt worden sind.

Stürmischer als sonst noch gestalteten sich heute Mittag nach dem Aufziehen der Wache die Kundgebungen der Anhänglichkeit an den Kaiser und sein Haus. Es hatte sich ein Publikum eingefunden, so zahlreich und seiner Zusammensetzung nach verdeckt alle Klassen der Bevölkerung umschließend, daß an der Absicht, aus dem besonderen Anlaß der Vorgänge in San Remo dem Kaiser ein Zeichen der Treue zu geben, nicht zu zweifeln war. Auf vom Regen aufgelösten schlüpfrigen Boden harrten unter herabfallendem Schnee die Tausende aus, um nach dem Vorbeimarsch der Wache in ergreifender Weise dem Kaiser zuzurufen. Neben dem Monarchen erschien die Kaiserin am Fenster. Länger als sonst verweilten die höchsten Herrschaften und man merkte es ihren dankenden Grüßen an, daß sie in ihrer Prüfung diesen Ausdruck der Volksstimme als einen Trost empfinden.

In der heutigen Sitzung der Reichstags-Kommission zur Vorberathung des Sozialistengesetzes wurde die Berathung der Vorlage zu Ende geführt und dabei sowohl der § 25 der Vorlage, als auch die zu den leichten Paragraphen eingebrachten Abänderungs-Anträge, sowie die beantragten Resolutionen abgelehnt. Dagegen wurde der von nationalliberaler Seite gestellte Antrag, das bestehende Gesetz um zwei Jahre zu verlängern, gegen drei Stimmen angenommen. Das Gesetz im Ganzen wurde schließlich mit allen gegen drei Stimmen (drei Mitglieder des Zentrums enthielten sich in der Gesamt-Abstimmung der Abstimmung) angenommen. — Der Abg. Dr. Meyer-Jena wird mündlichen Bericht an das Plenum erstatten.

Bei der dem preußischen Landtag zugeführten Eisenbahnvorlage handelt es sich natürlich um den Ausbau des strategisch wichtigen, bisher aber sehr mangelhaft entwickelten Bahnhofes an der Ostgrenze; die Forderung beläuft sich, wie bereits gemeldet, auf über 100 Millionen Mark. Die Einbringung der Vorlage soll unmittelbar bevorstehen, ebenso die Einbringung des Gesetzentwurfs wegen der Kosten der Ortspolizei in Städten mit königlicher Polizeiverwaltung. In Verbindung hiermit wird noch eine andere Vorlage angekündigt, welche ähnlich gewissen Mängeln im Polizeidienst von Berlin und Umgebung abheben soll. Beide Vorlagen werden ohne Zweifel zu lebhaften und ausgefeilten Diskussionen führen. Dazu kommen noch das Volksschulstoffgesetz, die Kreisordnung für Schleswig-Holstein und der Antrag auf Verlängerung der Legislaturperiode, der schon wegen der damit verbundenen Verfassungsänderung mit Weiterungen und Verzögerungen verbunden ist.

Die Session wird sich unter solchen Umständen viel länger hinziehen, als man anfangs annehmen zu dürfen glaubte.

Die Rede des Reichskanzlers ist, wie die "N. A. Z." mitteilt — zum Theil in gekürzten Auszügen, zum Theil im ganzen Wortlaut — in 1218 Telegrammen mit zusammen 194.296 Wörtern vom Haupt Telegraphenamt in Berlin an denselben Nachmittag bezw. Abend nach 326 verschiedenen Orten des In- und Auslandes und bis in ferne Welttheile befördert worden. Die Rede in ihrer ganzen Ausdehnung enthielt 10,997 Worte. Die Telegrapheirung erfolgte zum Theil in verschiedenen Sprachen. Zur schleunigen Übermittelung der Telegramme sind

235 Beamte an 222 Apparaten, nämlich an 60 Hughes-Apparaten, an 155 Morse-Apparaten und an 7 Tesla-Apparaten Tag und Nacht thätig gewesen. Es folgten dann eine große Zahl von Dan-, Glückwunsch- und Zustimmungs-Telegrammen an den Fürsten aus deutschen und fremden Landen, selbst aus Amerika, auf welche der Reichskanzler zum Theil noch sofortige Telegramm-Erwidderungen ergehen ließ. Unter den Gratulanten war auch der König von Sachsen.

Mit Bezug auf die jüngste Meldung der "Times", daß der deutsche Konsul in Sofia, Herr von Aichberger, auf seinen Posten zurückgekehrt ist, worauf gefolgt wurde, daß Deutschland seine Beziehungen mit Bulgarien nicht gänzlich abgebrochen habe, wird der Londoner "Allgemeinen Korrespondenz" aus Sofia vom 1. d. geschrieben:

"Die Rückkehr des Herrn von Aichberger nach Sofia hat nicht die mindeste politische Bedeutung. Deutschland brach seine amtlichen Beziehungen mit Bulgarien ab, als Fürst Ferdinand das Fürstenthum betrat. Dies thaten auch alle übrigen Großmächte; aber Deutschland und Frankreich beriefen, als die Verschärfung ihrer Missbilligung des von Fürst Ferdinand ergrieffenen Schrittes, ihre diplomatischen Agenten, Herrn v. Thielmann und Dr. Fleisch, zurück, und seitdem ist keine dieser Mächte durch diplomatische Agenten vertreten gewesen. Als Herr von Thielmann im September Sofia verließ, um seine Funktionen als deutscher Gesandter in Darmstadt anzutreten, erhielt Herr von Aichberger, der Konsul in Varna, die Weisung, sich nach Sofia zu begieben, um die Leitung der laufenden Geschäfte des Konsulats zu übernehmen. Seine Beziehungen mit der Regierung sind rein offiziöser Natur und haben lediglich Bezug auf die Angelegenheiten deutscher und russischer Staatsangehöriger im Fürstenthum. Seine Institutionen lauten, Alles politischer Natur zu ignorieren und von den Handlungen des Fürsten oder der Regierung keine Notiz zu nehmen. Herr von Aichberger reiste am 19. Dezember nach München, um sich dort zu verheirathen, und er ist nun mehr mit seiner Gemahlin wieder hier eingetroffen."

Gleich zu Beginn der Adressdebatte im englischen Unterhause hat gestern Lord Salisbury aus Auflösungen desstellvertretenden Führers der Opposition, Lord Granville, Anlaß genommen, sich ausführlich zu der Reichstagsrede des Fürsten Bismarck zu äußern. In Bestätigung der von dem deutschen Reichskanzler gegebenen beruhigenden Darstellung der Lage erklärte er, er glaubt ebenso wie dieser an die Erhaltung des Friedens, er habe die bestimmtsten und entschiedensten Versicherungen, daß Russland an eine unmittelbare Aktion nicht denkt und sich einer solchen sorgsam enthalten werde. Die diesbezüglichen Mitteilungen Russlands seien nicht nur verhältnißmäßig, sondern auch freimütig. Lord Granville habe, wie er glaubt, die Auflösungen des Fürsten Bismarck über den Berliner Kongress missverstanden. Der Berliner Kongress habe wie die meisten Kongresse seinen Abschluß durch einen Kompromiß gefunden. Die Geschicklichkeit des Fürsten Bismarck habe wahrscheinlich viel dazu beigetragen, England zur Annahme des Kompromisses zu bewegen, das Kompromiß sei indes für Russland nicht völlig annehmbar gewesen, wohl aber für das englische Volk. Wenn Fürst Bismarck geäußert habe, daß eventuelle Ereignisse im türkischen Reiche und an der türkischen Grenze Deutschland nur leicht berührten, und daß alle Sorgfalt den Ereignissen zugewendet sei, die an der Grenze Deutschlands und Österreichs eintreten könnten, so unterscheidet sich seiner Ansicht nach Deutschland in dieser Beziehung von den anderen Mächten, von Österreich, der Türkei, Italien, Frankreich und England. England habe in dieser Beziehung nicht dieselbe Position wie Deutschland, England habe Traditionen und keine Absicht, sich von denselben zu entfernen (Besitz), England hängt fest an den Interessen, die es drei oder vier Generationen hindurch im Südosten Europas behauptet habe. Er theile indes vollständig den Glauben des Fürsten Bismarck an die Erhaltung des Friedens. Für die Interessen Englands im Südosten Europas könne nur aus einer abenteuerlichen oder illegalen Aktion Russlands eine Gefahr entstehen, England besitzt aber die künftigsten und bestimmt-

testen Versicherungen, daß Russland keinerlei illegales Vorgehen in Aussicht nehme. Ein solches Wort sei, wie absolut feststehe, vom Kaiser Alexander bei den Verhandlungen wegen Afghanistan gesprochen worden, das Vorgehen Russlands sei nicht bloß verhältnißmäßig, sondern in hervorragendem Maße freimütig gewesen, er glaube daher wie Fürst Bismarck den Versicherungen des Zaren Alexander den größten Werth beizulegen und die feiste Überzeugung hegen zu dürfen, daß der Zar alles Mögliche thun werde, um den Frieden aufrecht zu erhalten. Die Adresse wurde vom Hause angenommen.

In gänzlich gleichem Sinne haben sich am Tage vor dieser Rede "Times" und "Standard" mit Bezug auf eine orientalische Krise geäußert, und es wird somit unsres heutige Darstellung des Sachverhalts vollauf bestätigt. Englische Minister pflegen sich im Allgemeinen neuer Zeit über von ihnen eingegangene Verpflichtungen nach auswärtigen vorstichtig zu äußern. Behält man dies im Auge, so wird man aus den Erklärungen Lord Salisburys wohl folgern dürfen, daß wenigstens das gegenwärtige englische Kabinett einer Krise im Orient nicht mit den Händen im Schoß zu sehen würde.

Magdeburg, 7. Februar. Die angelündigte Versammlung der Magistratsvertreter derjenigen Städte der Provinz Sachsen, welche über 10,000 Einwohner haben, hat gestern stattgefunden. Auf die Einladung des hiesigen Magistrats waren erschienen die Vertreter von Halle, Erfurt, Burg, Nordhausen, Aschersleben, Naumburg a. S., Halberstadt, Langensalza, Quedlinburg, Sangerhausen, Stadtkirche, Torgau, Weißenfels, Wittenberg, Zeitz, Eisleben, Sondershausen und Tangermünde. Die Besprechung drehte sich um das dem Reichstage vorliegende Gesetz zur Erleichterung der Volkschullasten. Es wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen: "Die hier versammelten Vertreter von 19 Städten der Provinz Sachsen würden es als eine schwere Schädigung des städtischen Schulwesens ansehen, wenn unter die Bestimmung des § 5 des Gesetzentwurfs betreffend die Erleichterung der Volkschullasten auch diejenigen Schulen fallen sollten, welche unter verschiedenen Namen und mit verschiedener Organisation als mittlere Schulen, Bürgerschulen, gehobene Volksschulen in vielen Städten der Monarchie neben den der allgemeinen Schulpflicht dienenden Volksschulen im engen Sinne bestehen, ohne doch Mittelschulen in schultechnischem Sinne zu sein. Dieser Schädigung vorzubeugen, halten sie die von den Abgeordneten Hobrecht, Seyffardt und Dr. Weber beantragte Einschaffung eines Absatzes zwischen Linie 1 und 2 des § 5 in der von Ihnen formulierten Fassung für geeignet und notwendig." Die zweite Resolution beschäftigt sich mit der Art der Vertheilung der von der Staatsregierung zu gewährenden Staatszuschüsse und erachtet es als einen gerechten Maßstab für die Erleichterung der Schulunterhaltungslasten, wenn der Staat die dazu bestimmte Summe in gleichmäßigen prozentualen Zuschüssen zu den Schullästen der Verpflichteten vertheile. Der hiesige Magistrat übernahm es darauf, eine Eingabe im Sinne dieser Beschlüsse auszuarbeiten. Sollten Schritte bei dem Kultusminister v. Gosler erforderlich scheinen, so wird sich eine aus den Vertretern von Magdeburg, Halle, Erfurt, Halberstadt und Nordhausen bestehende Abordnung zu demselben begieben.

## Unsland.

Wien, 9. Februar. Der Trinkspruch des Prinzen Wilhelm auf dem Brandenburger Landtag findet größte Beachtung. Die "N. A. Z." sagt: Das deutsche Volk, dessen Gedanken wieder tiefschlämmt bei dem hohen Kranken in der Fremde weilen, werde die Worte des Enkels des deutschen Kaisers mit Befriedigung vernehmen; diese Worte enthielten eine Bürgschaft für die Zukunft, die von schweren Wahlen verhüllt sei. Die offiziöse Presse bemerkte, jene bedeutsame Kundgebung sei erfreulich und werde in Preußen und Deutschland dankbare Genugthuung erwecken. Das "Wiener Tagblatt" nennt den Trinkspruch einen bedeutsamen Kommentar zur Rede Bismarcks, deren Gedankengang sich Prinz Wilhelm angehlossen habe.

Zürich, 8. Februar. Der Polizeihauptmann

Gischer veröffentlicht in der „N. Z. S.“ folgende Erklärung:

„Da man an gewissen Orten geneigt zu sein scheint, für die von Herrn Bebel im deutschen Reichstage gemachten Ausserungen über Besuch deutscher Polizeibeamter in Zürich mir die direkte oder indirekte Verantwortlichkeit beizumessen, so sehe ich mich bewogen, dieselbe in beiden Formen abzulehnen. Ich füge im Weiteren bei, daß die Herren Bebel und Singer über diesen Punkt wie über die Amtsführung meines Vorgängers Böllner mich mit keiner Frage befragt und auch spontan von mir aus keine bezüglichen Mitteilungen erhalten haben. Die jeweilige Anwesenheit des Herren Polizeipräsidenten Feichter von Straßburg in Zürich, mit dem ich stets den angenehmsten Verkehr unterhielt, konnte für mich nie auffällig sein. Was über splendide Bewirthungen vorgebracht wurde, ist mir fremd. Deutsche Polizeibeamte sind in Zürich nachweisbar von vielen Leuten persönlich gesehen, und es darf nicht befremden, wenn ihr Eintreffen zu Grüchten Veranlassung bietet. Dazu kommt, wie auch nur eine flüchtige Durchsicht gewisser Blätter lehrt, daß die hiesigen Sozialisten von den Fahrten solcher Beamten durch ihre auswärtigen Genossen nicht genau und öfter im Vorau unterrichtet sind.“

Paris, 9. Februar. Sehr unangenehm haben hier die gestrigen Kammerverhandlungen berührt, die arge Missstände in der französischen Flotte ans Tageslicht zogen und in denen vom Marineminister zugestanden werden mußte, daß eigentlich die ganze französische Torpedoflotte unbrauchbar ist. Dabei legten sich einige Deputierte noch große Zurückhaltung auf und vermieden natürlich, auf einen genauen Vergleich mit der italienischen Flotte einzugehen, die nach der bekannten Ansicht mehrerer Admirale der französischen Mittelmeerflotte überlegen ist.

Paris, 9. Februar. Der „Matin“ meldet, daß der Ausschuß des Senats für Militärgesetz die Dauer des Kriegsdienstes bis zum 45. Jahre feststellt.

Der Kriegsminister beantragte gestern im Arme-Ausschuß der Deputirtenkammer die Anstellung von fünf Generalinspektoren, welche die Truppen unter Aufsicht haben sollen, die ihnen im Falle der Mobilisierung übergeben werden. Vogerot verlangt auch 100,000 Franks Gehalt zur Vertheilung unter den fünf Inspektoren. Der Ausschuß nahm dem Grundsache nach den Antrag des Kriegsministers an, da er derselbe damit rechtfertigte, daß er den Vortheil habe, die künftigen Befehlshaber der Arme mit ihren Truppen in nähere Verbindung zu bringen.

### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 11. Februar. Das Osterfest nähert sich immer mehr und mit ihm die Zeit, in welcher die Eltern für ihre eingegesetzten Kinder einen Lebensberuf zu wählen haben und durehe es schon jetzt geboten erscheinen, auf die Geringfügigkeit hinzuweisen, mit welcher man leider in weiten Kreisen auf das Handwerk blickt. Denn es ist gerade diese ungerechtfertigte Geringfügigkeit, welche die Lust zur Erlernung eines Handwerks außerordentlich vermindert und welche die in das praktische Leben hinaustretenden jungen Leute abhält. Schuhmacher, Tischler, Schneider &c. zu werden. Man hat behauptet, das Handwerk habe den goldenen Boden der früheren Zeit verloren. Nichts kann von größerer Auflösichtigkeit diktirt sein, als diese Behauptung. Denn ziehen wir den Nothstand in Betracht, der wie in allen Berufskarten so beispielweise und ganz besonders im Handelsleben sich zeigt, dann müssen wir und mit uns alle Freunde des Handwerks gestehen: das alte Wort vom goldenen Boden des Handwerks hat auch heute noch seine volle Geltung. Ein Handwerker, der seine Sache versteht, d. h. etwas Tüchtiges in Schule und Fach gelernt hat, findet heute, so wie früher, sein gutes Fortkommen und eine geachte Stellung in der Welt.

Zum Besten des Magdalenen-Stifts veranstaltet Herr Direktor C. Kunze mit den Schülern seines Konviktatoriums der Muß Mittwoch, den 15. d. Ms., im großen Saale des Konzert- und Vereinshauses ein Konzert, welches ein sehr interessantes Programm bietet. U. A. gelangt Beethoven's Konzert in G-dur zum Vortrag, ferner das Schumann'sche Quintett für Piano-forte, zwei Violinen, Viola und Violoncello, op. 44, und das Forellen-Quintett von Schubert. Weiter enthält das Programm noch die Savotte von Silas, einen Walzer von Xaver Schorwka und Lieder von C. Kunze, Brahms und Raubert.

Herr Baumeister J. Heyn hieselbst bat ein Patent auf einen von ihm konstruierten Nährechen angemeldet.

Der Anspruch des stillen Gesellschafters um Rückzahlung seiner Einlage (vergl. Art 258 H.-G.-G.) besteht nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 3. Zivilsenats, vom 2. Dezember v. J. so lange, bis der Untergang der Forderung durch die Abforbitzung der Einlage in Folge der Geschäftsverluste nachgewiesen ist. Diesen Untergang haben diejenigen zu behaupten und zu beweisen, welche daraus Rechte für sich ableiten wollen, also insbesondere die Gläubiger, welche auf Grund dieses Einwandes dem Anspruch des stillen Gesellschafters widersprechen zu können glauben.

Neuerdings sind falsche Thalerstücke in Umlauf gebracht worden, welche die Jahreszahl 1867 und das Münzzeichen A. tragen. Das Gepräge ist indessen sehr undeutlich und kantig der Rand sehr schlecht gemacht, so daß bei

nur einiger Aufmerksamkeit das Falsspat erkannt werden muß.

Eine anderweitige Bezeichnung und Nummerierung der Landwehr-Infanterie-Regimenter tritt nach der „Bresl. Ztg.“ in Folge des neuen Wehrgesetzes ein, indem die Regimenter des ersten Aufgebots „Reserve-Regimenter“ (?), diejenigen des zweiten Aufgebots „Landwehr Regimenter“ genannt werden. Es bilden fernerhin von einer Brigade sämtliche Bataillone der ersten und sämtliche Bataillone der zweiten Kategorie je ein Regiment, bei welchem die Offiziere und Mannschaften die Nummer der betreffenden Brigade in den Epaulettes resp. auf den Schulterklappen tragen. Die Farbe der letzteren bleibt unverändert.

Der Vorstand der See-Berufsgenossenschaft veröffentlicht gemäß § 27 des See-Unglücksversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1887 die Namen der Vertrauensmänner der See-Berufsgenossenschaft und ihrer Bezirke. Pommern ist in folgende Vertrauensmännerbezirke eingeteilt: A. Hinterpommern, Hinterpommern mit Ausschluß der Kreise Kammin, Naugard, Raudow, Vertrauensmann Herr Reinhold Miesle in Kolberg, Stellvertreter Herr Kapitän Joh. Gehr in Kolberg. — B. Neu-Pommern. 1) Kreis Franzburg mit Ausschluß der Ortschaften auf der Insel Zingst und Halbinsel Dars, Vertrauensmann Herr Kapitän Julius Steinorth in Barth, Stellvertreter Herr Wilhelm Sarnow in Barth 2) Die zum Kreise Franzburg gehörenden Ortschaften auf der Insel Zingst und auf der Halbinsel Dars, Vertrauensmann Herr Kapitän Julius Lönnes in Barth, Stellvertreter Herr August Schröder in Barth 3) Der Stadtteil Stralsund und Rügen, Vertrauensmann Herr Kapitän R. Minzlaß in Stralsund, Stellvertreter Herr G. Spiegelberg in Stralsund. 4) Die Kreise Greifswald und Grimmen, Vertrauensmann Herr Kapitän J. T. Braun in Greifswald. — C. Vorpommern mit Ausschluß der Kreise Kammin, Naugard, Raudow. 1) Der Stadtteil Stettin und der Kreis Raudow, Vertrauensmann Herr Kapitän J. Fischer in Stettin, Stellvertreter Herr L. Ködder in Stettin. 2) Die Kreise Naugard und Kammin, Vertrauensmann Herr Kapitän Rob. Meyer in Grünhof bei Stettin, Stellvertreter Herr Expert R. Frank in Stettin. 3) Die Kreise Uecker-Münde, Anklam Demmin, Vertrauensmann Herr Gustav Radmann in Uecker-Münde. 4) Der Kreis Ueckermünde Wollin, Vertrauensmann Herr Edwin Schütz in Swinemünde, Stellvertreter Herr Konrad J. G. Schricht in Swinemünde.

Über die religiösen Anschauungen der freireligiösen Gemeinden ist im Allgemeinen unter dem Publikum so wenig bekannt, daß es von Interesse sein dürfte, das Glaubens-Bekenntnis zu erfahren, welches die hiesige freireligiöse Gemeinde, die sich durch ihr gemäßigtes Auftreten vor anderen Gemeinden gleicher Art auszeichnet, für ihre Mitglieder bindend aufgestellt hat. Daselbe lautet: „Wir glauben an Gott, als das, der Welt innenwohrende, ewig schaffende Alleben, die Seele alles Sins (Weltseele), den Weltengeist. Sein Wille! Die Natur und Weltgesetz; und ist darum die Welt die ewige und untrügliche Gottesoffenbarung. Das Buch der Natur ist das ewige Evangelium göttlicher Wahrheit, in welchem wir unablässig forschen sollen. Wir glauben an Jesus, als den begeisterten und begabten Lehrer der Menschheit, der sein Leben gab für seine Lehre, für „Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe“. Der ein Erlöser ist aller Dorer, welche seine Lehre durch die That verwirlichten. Wir glauben an einen heiligen Geist, wirtend als spiritlicher Gesamtgeist der Menschheit. Der ist in fortschreitender Entwicklung zu edler Menschlichkeit, Bildung und Sitte führt. Der die Erfahrungen der Menschheit sammelt zum reichen Geistesreich der Menschheit, zur Wissenschaft. Wir glauben an das Reich Gottes, als das Reich der Wahrheit, der Gerechtigkeit und Bruderlichkeit; und halten es für die heiligste Pflicht der Menschheit, dieses Reich auf Erden mehr und mehr zu verwirklichen. Ebenso heilige Pflicht sei es, der Menschheit, ihr Denken, Fühlen und Handeln stets einzurichten gemäß fortschreitender Vernunft und Wissenschaft.“

Wie wir hören, weist seit Ende vorigen Monats ein Lehrer der Zuschneidekunst, Herr M. G. Martens aus Berlin, in unserer Stadt, der nach einem eigenen System und mittels eines von ihm selbst erfundenen, zur Patentierung angemeldeten Maschinenapparates den Zuschneide-Unterricht ertheilt. Herr Martens erläuterte vorher in einer von der Schneider-Innung berufenen Versammlung, die von deren Mitgliedern, sowohl als auch von außerhalb derselben stehenden Meistern und Gesellen zahlreich besucht war, im längeren Vortrage seine Methode und System und fanden sich in Folge dieses 23 Meister und 6 Gesellen bereit, einen Unterrichts-Kursus des Herrn Martens durchzumachen. Derselbe wird, wie allseitig anerkannt wurde, eine bedeutende Sicherheit beim Zuschneidewerk gewähren. Von hier aus will Herr Martens gleichsam Zweck später nach Kiel übersiedeln.

Laut neuerer Verfügung des Unterrichtsministers soll die Entscheidung darüber, ob den dritten, dieselbe höhere Lehranstalt beschließende Brüder, falls deren Eltern darum ansuchen, das Schulgelände zu erlassen sei, lediglich von der Würdigkeit und Bedürftigkeit des Betriebsleaden abhängig gemacht werden. Über die Gnade von Lehrlingen um Schulgelobefreiheit für ihre Söhne hat künftig das Lehrerkolleg der betriebsleaden Anstalt zu entscheiden, und es steht die Entscheidung

über die Bedürftigkeit des betreffenden Lehrers dem Direktor der Anstalt allein zu. Es versteht sich von selbst, daß sich diese Bestimmungen nur auf die staatlichen höheren Lehr-Anstalten beziehen.

Für die Gemeindebesteuerung des Pacht-Einkommens der juristischen Personen aus landwirtschaftlich benutztem Grundbesitz nach Maßgabe der Vorchriften des Kommunalabgabengesetzes vom 27. Juli 1885 ist, nach einem Entwurf des 1. Senats des Ober-Verwaltungsgerichts vom 17. September 1887, als die Betriebsfläche das Grundstück, auf welchem die Landwirtschaft betrieben wird, nicht aber anstatt desselben die Stelle (Hof, Gehöft, Vorwerk), von welcher aus dieser Betrieb erfolgt, anzusehen.

Gestern Mittag stiegen zwei Knaben bei der Langenbrücke von der Haveling auf das Eis, dasselbe war jedoch zu schwach und beide brachen ein. Es gelang nur den einen zu retten, der zweite ertrank.

Se. Majestät der Kaiser haben Allergründigst geruht, die am 26. September v. J. gegen den Lehrer Marggraff aus Garz a. D. wegen fahrlässiger Tötung seiner Chefrau durch das Landgericht in Stettin erkannte Gefangenstrafe von 4 Wochen im Gaubenwege zu erlassen. Marggraff hatte bekanntlich Krähen schielen wollen, a' er auf dem Hof entlud sich das Gewehr und traf seine junge Chefrau tödlich.

Der bisherige Regierungs- und Schulrat Béthe hieselbst ist zum Provincial-Schulrat ernannt worden.

Dem Oberlehrer am Real-Gymnasium in Stralsund, Dr. Karl Lüdke, ist das Präbifikat Professor beigelegt worden.

Dem Kunst- und Handelsgärtner Gustav Schulz hieselbst ist das Prädikat eines königlichen Hoflieferante verliehen worden.

Dem Stadtkämmerer Neumann zu Gollnow und dem Kreisboten a. D. Böttcher zu Greifenhagen ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Schwurgericht. Sitzung vom 10. Februar. — Anklage wider den Arbeiter Herm. Zander aus Grabow a. D. wegen Mordes. (Schluß.)

Die Auszogen der Zeugen stand für den Angeklagten in jeder Weise belastend. Zunächst wurde bekannt, daß die ermordete Frau ordentlich und fleißig und stets bemüht war, für sich und ihre Kinder Brod zu erwerben; in dem Geschäft, für welches sie arbeitete — sie betrieb Weinhändler — gab man ihr das Zeugnis der fleißigsten Arbeiterin. Das direkte Gegentheil wurde in Betreff des Charakters des Angeklagten belastet, in jeder Weise arbeitschen und frunkfichtig, war er der sie'e Beiniger der Frau, trotzdem diese oft mit schwerem Herzen den letzten Schnaps hingab, damit der Mann Geld für Schnaps habe. Besonders roh klingt ein Fall, indem Angeklagter darauf bestand, daß ihm das lebte Zechnungstück ausgehändigt werde, für das die Frau für das jüngste Kind Milch kaufen wollte, das Kind mußte dann mehrere Stunden ohne Nahrung bleiben, bis die Mutter Geld herbeigeschafft hatte. Von mehreren Zeugen wurden auch Auszogen belastet, die der Angeklagte vor der That gemacht und welche darauf schließen lassen, daß er mit voller Überlegung gehandelt. Das Gutachten der Ärzte ging dahin, daß der gegen die Frau geführte Sohn mit größter Kraft geführt, das Herz durchdrungen hat und absolut tödlich war.

Herr Staatsanwalt Flens platzierte in längerer Rede für die Schuld des Mordes. Er hebt hervor, daß man billiger Weise erwarten könnte, daß jemand, der eine so große Blutschuld auf sich geladen, doch einige Reue und einen Schmerz zu erkennen gebe, es müsse denn ein Ungehöriger von Bosheit sein und ein solches Ungehöriger sei in dem Angeklagten zu finden. Ergebnis suchte man bei demselben auch nur den kleinsten Anfang der Reue, er habe sich als Mensch von lästigstem Herzen und grösster Bosheit, aller Reue und Empfindung bar gezeigt. Den Eindruck, den derselbe während der Untersuchung und während der heutigen Verhandlung gemacht, sei derart, daß man erwarten könne, er würde dieselbe That heute noch einmal unter denselben Verhältnissen begehen. Die That sei mit Kaltblütigkeit, sorgfältig und brutal ausgeführt, nach der That habe er sich in der größten Feigheit gezeigt und eine große Feigheit sei es auch, daß der Angeklagte heute, wo er vor seinen indischen Richtern stehe, die näheren Umstände der That frech leugne. Der Herr Staatsanwalt schloß sodann mit beredten Worten das trübe Schicksal des Angeklagten, unglücklich allein durch das brutale, rohe Auftreten des Angeklagten gegen seine fleißige, strebsame Frau, und ging dann näher auf den rechtlichen Standpunkt der That ein und kam auch dabei zu dem Schlusse, daß nach dem Gesetz die That als Mord anzusehen sei, daß sie mit Vorsicht und Überlegung ausgeführt sei. Der Herr Staatsanwalt wies darauf hin, daß der Angeklagte den Tod, den er in nichts wütiger Weise über seine Frau gebracht, selbst überreichlich verdient habe. Der Redner schloß mit den Worten des Dichters: „Das Leben ist der Güter höchstes nicht, der Übel größtes.“

Herr Staatsanwalt Bade hatte für die Vertheidigung let dem großen vorliegenden Verlastungsmaterial einen schweren Stand. Er suchte zunächst den Charakter des Angeklagten in ein besseres Licht zu setzen, als dies seitens des Herrn Staatsanwalts geschehen, und auf die That selbst eingehend, suchte er nachzuweisen, daß der Angeklagte im Affekt gehandelt, die That also ohne Überlegung ausgeführt und sich deshalb höchstens als Todesschlag charakteristisch, ja selbst als Körperverletzung mit tödlichem Erfolge betrachtet werden könne. Schließlich kam der Redner auch seiner Pflicht als Vertheidiger in der Weise nach, daß er für milde Umstände plädierte.

Nach einer kurzen Rechtelehrung seitens des Herrn Präfekten, Landesgerichts-Direktors Lindemann, zogen sich die Geschworenen um 6½ Uhr zurück und gaben nach 1½ stündiger Verhandlung ihr Urtheil dahin ab, daß der Angeklagte Mordes schuldig und wurde demgemäß der Angeklagte zum Tode und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt. Dieselbe Ruhe, welche Zander während der ganzen Verhandlung gezeigt, bewahrte er auch während der Publikation des Urtheils.

### Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Volksbüchliche Vorstellung zu ermächtigten Preisen (Parquet 1 Mark). „Wilhelm Tell.“

### Vermischte Nachrichten.

(Was kann ein Kubikmeter fassen?) Diese Frage beschäftigte, laut der „Barm. Ztg.“, jüngst die Stammtisch-Gesellschaft einer Soester Altbierkneipe. „No“, meinte der Meijger G., ein alter, bleider Soester Pfahlbürger, „dat kann doch so vier nit sien, een ütgeschlaet Kalw geht nit drin!“

Der bisherige Regierungs- und Schulrat Béthe hieselbst ist zum Provincial-Schulrat ernannt worden.

Dem Oberlehrer am Real-Gymnasium in Stralsund, Dr. Karl Lüdke, ist das Präbifikat Professor beigelegt worden.

Dem Kunst- und Handelsgärtner Gustav Schulz hieselbst ist das Prädikat eines königlichen Hoflieferante verliehen worden.

Dem Stadtkämmerer Neumann zu Gollnow und dem Kreisboten a. D. Böttcher zu Greifenhagen ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Schwurgericht. Sitzung vom 10. Februar. — Anklage wider den Arbeiter Herm. Zander aus Grabow a. D. wegen Mordes. (Schluß.)

Die Stammgesellschaft geht hierauf ein, und das Gold wird sofort deponirt. Wer aber beschreibt das Erstaunen des schläfrigen Meijgers, als er am nächsten Morgen den Kasten von einem Kubikmeter Inhalt füllen soll und bereits das Fleisch von zwei kleinen Kalbern hineingegeben hat, ohne den Kasten auch nur zum dritten Theil damit zu füllen: alles Praktizieren half nichts, „dat Düre lasten woll nit full waren!“ Das Geschäft wurde rüdgängig gemacht, doch nur unter der Bedingung, daß der Reingefallene für die Käufer ein Abendessen gab, das auch mit Dank angenommen wurde, da der „Kubiklasten“ ihm mindestens das Bohnsack geflossen hätte.

Berantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

### Telegraphische Depeschen.

Rom, 10. Februar. Wie die „Agenzia Stefani“ erfährt, unterzeichnet der König ein Dekret betreffend die Erhöhung der Gitardezzolle von 3 auf 5 Franks.

Das englische Geschwader unter Admiral Hewett ist, von Gibraltar kommend, gestern Nachmittag in den Hafen von Genua eingelaufen; das englische Geschwader unter dem Kontreadmiral Rowley ist von Kap Palmas kommend, in La Spezia eingetroffen.

Unterrichtsminister Coppino reichte seine Dissertation ein, der Ministerrat nahm dieselbe jedoch nicht an.

Paris, 10. Februar. Mehrere Regimentskommandeure hatten in der Voraussicht eines im Frühjahr ausbrechenden Krieges die Dressur und Instruktion der Rekruten alzo schnell betrieben.

In einem verdeckten Befehl vom 25. Januar fordert der Kriegsminister die Körperschaft auf, eine ruhige und sichere Methode zu befolgen, wofür das Befehl vom 8. Oktober 1887 einen Anhalt gibt. In diesem Befehl steht es: Es ist jede Nutzung zur Überprüfung verboten, deren Ergebnis ein Verderb für die Pferde und oft eine nicht wieder gutzumachende Ausbildung der jungen Kavalleristen sein würde.

London, 9. Februar. Unterhaus. Bei der Berathung der auf die Thronrede zu erlassenden Aurore sagte der erste Lord des Schatzes Smith, er werde später mittheilen, wie die Regierung sich zu d.m. von Charles Russel zu der Aurore angelehneten Amendement, in welchem eine Untersuchung in Bezug des öffentlichen Versammlungsrechts auf öffentlichen Plätzen Londons beantragt wird, stellen werde. Auf die Fragen bezüglich Irlands werde er sofort eingehen. Das über diesen Gegenstand gestellte Amendement bezweckt eine große Veränderung der Geschäftsordnung des Hauses. Es rüste lediglich, daß die volle Freiheit der Rede auf beiden Seiten gesteuert werde. Dazu sei aber notwendig, dem Hause die Macht zu geben, sich der Obstruktion zu erwehren und verdeckte Geschäftsstunden für seine Sitzungen einzuführen.

Petersburg, 10. Februar. Der „Großdant“ hält sich überzeugt, daß die Kriegsfront unbegründet sei; die nunmehr im Vorlaufe vorliegende Rede des deutschen Reichskanzlers habe einen großen, tiefen Eindruck gemacht.

### Wasserstands-Bericht.

Stettin, 10. Februar. Im Hafen 0,68 Meter, im Revier 17 Fuß 11 Zoll. Wind: WSW.

— Bogen, 9. Februar. Wassertiefe: 1,60 Meter.

— Breslau, 9. Februar. Oberpegel 4,28 Meter, Mittelpiegel 2,90 Meter, Unterpegel 0,37 Meter unter Null.